



Am Virfeld vun den nationale Walen invitéiert de Mouvement Ecologique op 2 Tables Rondes mat Verrieder vun de politischen Parteien

Table ronde vun der Regional-Sektioun Nordstad:

D'Entwécklung vun der Nordstad

Liewesqualitéit – Mobilitéit – Wunraum – Aarbechtsplazen
– Biergerbedeelegung

Méindes, de 24. Mee um 20 Auer zu Ettelbréck am Stadhaus

mat

Marianne Rieth, ADR
Jos Staudt – DÉI LENK

Jean-Paul Schaaf, CSV
André Bauler – DP

Frank Thillen, DÉI GRENG
Claude Haagen – LSAP



Table ronde vun der Regional Süden

D'Entwécklung vum Süden

Liewesqualitéit – Mobilitéit – Wunraum – Aarbechtsplazen
– Biergerbedeelegung

Méindes, de 7. Juli um 20 Auer an der Brasserie an der Kulturfabrik zu Esch

mat

Gas Gybérien, ADR
Jos Staudt – DÉI LENK

Fred Sunnen, CSV
Gusty Graass, DP

Robert Rings, DÉI GRENG
Alex Bodry, LSAP



Jiddereen, dee sech fir d'Zukunft vun der Ëmwelt an der Liewesqualitéit an der Regioun Nordstad bzw. am Süden interesséiert ass häerzlech agelueden un de spannenden Tables rondes deelzehuelen, wou een de verschiddene Parteien hier Positione vergläichen kann. Selbstverständlech ass genuch Zäit fir Froen aus dem Sall.

Danke für jede Spende

Die Aktionen des Mouvement Ecologique rund um das Thema "Wahlen - Aktionsplan" kosten viel Geld!

Dafür ist der Mouvement Ecologique weiterhin auf Spenden angewiesen. Deshalb herzlichen Dank für jede Unterstützung!

Spenden auf das
CCPL IBAN LU96 1111 0734 1886 0000 oder
BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000
können von den Steuern abgesetzt werden.

Aktions- plang fir eng nohal- teg Ent- wécklung 2004 – 2009

Der neue Aktionsplan des Mouvement Ecologique, der von zahlreichen Mitgliedern erstellt wurde, wird ohne Zweifel der Leitfaden des Mouvement Ecologique für die Arbeiten in den nächsten Jahren sein.



Weitere Exemplare der Publikation können zum Preis von 5 Euro auf das CCPL IBAN LU16 1111 0392 1729 0000 oder BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000 bestellt werden.



Umfrage bei den politischen Parteien

Es ist mittlerweile zu einer Tradition geworden, dass auch der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Wahlen eine Umfrage bei den politischen Parteien über wesentliche Frage durchführt. So dann auch dieses Jahr. Die Resultate werden in der nächsten Nummer des Kéisécker-Infos veröffentlicht.





Das Titelseit des Falblattes, mit dem der Mouvement Ecologique Ende der 90er Jahre für eine Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung geworben hat

Keine Verankerung der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung

Kurz vor Ende dieser Legislaturperiode haben die Regierungsparteien dieser Tage noch eine Reihe von Rückschritten im Bereich

nachhaltige Entwicklung in die Wege geleitet, dies nachdem sie bereits ihr eigenen Vorgaben im Koalitionsabkommen in diesem Bereich kaum umgesetzt haben. Gravierend ist vor allem die Tatsache, dass die Veranke-

rung der nachhaltigen Entwicklung – wo seit 1999 ein Konsens über eine Formulierung bestand – buchstäblich in letzter Minute umgestossen wurde.

In der Tat stellte die CSV den Grundkonsens in Frage, der seit 1999 in Sachen Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung zwischen allen Akteuren bestanden hat und noch in dieser Legislaturperiode gutgeheissen werden sollte.

Der Mouvement Ecologique hätte sich zwar bereits 1999 eine klarere und weitergehendere Formulierung des entsprechenden Paragraphen gewünscht, doch stellte die zurückbehaltene Formel einen annehmbaren Kompromiss dar.

Dass die CSV sich nunmehr für eine völlige Verwässerung entschieden hat, ist in kleinster Form

hinnehmbar und stellt die Glaubwürdigkeit dieser Partei in Sachen nachhaltige Entwicklung in Frage.

Diese Entscheidung bedeutet zudem eine gravierende Hypothek für die kommenden Generationen...

Die Wahlprogramme und –aussagen erscheinen nun wohl unter einem anderen Licht; man muss feststellen, dass die Majoritätsparteien nicht bereit sind die nachhaltige Entwicklung tatsächlich anzuerkennen. "De sechere Wee" wird in Sachen Ökologie und nachhaltige Entwicklung sicherlich nicht beschränkt.

Mehr denn problematisch ist aber auch die Art und Weise, wie diese Meinungsänderung, ohne jedwede Diskussion und offen gelegte Argumente, stattgefunden hat.

Der Mouvement Ecologique richtet demnach einen eindringlichen Appell an die Parteien und die Abgeordnetenkommission, doch noch den ursprünglichen Vorschlag zurückzubehalten.

Die genauen Formulierungen der verschiedenen Akteure können per Grängen Telefon 439030-1 nachgefragt werden.

Aushöhlung der Kompetenzen des Umweltministeriums kurz vor Ende der Legislaturperiode!

Ein weiteres besonders wesentliche Gesetz aus ökologischer Sicht – dasjenige über die nachhaltige Entwicklung – wurde ebenfalls ohne reelle Debatte über den Inhalt verabschiedet. Dieses so wesentliche Gesetz war in der Tat während Monaten in der Versenkung verschwunden, tauchte plötzlich wieder auf, innerhalb einer guten Woche lag ein Gutachten des Staatsrates vor, wurde eine Umweltkommission der Abgeordnetenkommission zusammengetrommelt – und wurde das Gesetz verabschiedet...

Somit wurde das Gesetz zur Schaffung neuer Strukturen im Bereich nachhaltige Entwicklung noch kurz vor Toresschluss in der Abgeordnetenkommission regelrecht durchgepeitscht.

Das Gesetz wurde in der Umweltkommission in einem Hauruckverfahren (knapp 10 Minuten Diskussion) regelrecht "durchgepeitscht". Dies obwohl das Gesetz extrem gravierende Mängel aufzeigt und Alternativvorschläge vorlagen.

So soll z.B. das Umweltministerium in drastischem Ausmass in seinen Kompetenzen beschnitten werden, de facto würde z.B. die Erstellung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung – dieser stellt den Rahmen für u.a. die Regierungsarbeit in diesem Bereich dar – einer undurchsichtigen staatlichen Kommission übertragen. D.h. es würde eine gewisse Entmachtung des Umweltministeriums erfolgen! Dies in einem derart zentralen Bereich!!!

Man stelle sich vor, das Wirtschaftsministerium müsse derart wichtige Kompetenzen in eine zweifelhafte Kommission verlagern ... Ein Aufschrei würde auch durch die Regierungsparteien gehen...

Ausserdem wird zwar ein Rat für eine nachhaltige Entwicklung geschaffen, d.h. eine Struktur in der mit etwas Distanz darüber diskutiert werden soll, ob derzeit in Luxemburg die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit stehen oder nicht. Der Rat kann an sich von der Idee her mit dem Wirtschafts- und Sozialrat verglichen werden, ausser dass er eben als oberstes Ziel die nachhaltige Entwicklung hat. Durch die Zusammensetzung wird der Rat aber zu einem Debattierclub degradiert, immerhin würden knapp 50 Personen darin vertreten sein... Man mag sich diese Diskussion vorstellen.

Aber vielleicht ist es ja politisch gewollt, dass das Umweltministerium sich aus der nachhaltigen Entwicklung "heraushält" – dass im Bereich nachhaltige Entwicklung ausser Diskussionen nichts erfolgt ...

Auf jeden Fall wurden mit diesem Gesetz die Voraussetzungen erheblich verschlechtert, in der nächsten Legislaturperiode eine offensive Politik im Bereich der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen.

Doch auch bei diesem Gesetzesprojekt gilt: Vor allem auch die Art und Weise, wie dieses so zentrale Gesetz behandelt wird, ist nicht mehr tragbar. Um dieses, für die nachhaltige Entwicklung elementar wichtige Gesetz, hat ausserhalb der 10 minütigen Gespräche in der Umweltkommission keine Diskussion stattgefunden. Auch ein Umweltministerium hat eine ehrliche Debatte mit allen Akteuren nicht gewährleistet. Man stelle sich erneut vor ein zentrales Wirtschafts-Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion verabschiedet Leider hat sich die Abgeordnetenkommission auch hier als reiner Vollzugsgehilfe der Regierung degradiert – eine sachliche Auseinandersetzung und Debatten wurde der Arroganz der Macht geopfert.



Nachdem das Umweltministerium in seinen Kompetenzen im Bereich nachhaltige Entwicklung beschnitten wurde: was bleibt?



50 Personen werden also demnächst – mit mehr oder weniger Interesse – über die nachhaltige Entwicklung debattieren ... Das wird "lustig"!



Rezente stellte der Mouvement Ecologique den neuen "Aktionskatalog für eine nachhaltige Entwicklung" vor, der auch jedem Mitglied zugestellt wurde. Weitere Exemplare können gerne bestellt werden. Als Essenz aus dem Katalog wurden 17 Aktionsfelder ausgearbeitet, die den politisch Verantwortlich dargelegt und im folgenden dargestellt sind.

1. Ressortenteilung der Regierung überdenken – Neustrukturierung gemäss den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung

Es gilt im Rahmen der neuen Regierungsbildung bei der Aufteilung und Organisation der Ministerien auch die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen:

- Schaffung eines Energie- und Umweltministeriums, das in Personalunion mit dem Transportministerium geleitet wird. Somit wären die relevanten Ministerien auch auf der Ebene der Klimaschutzpolitik in ihrer Aktion gebündelt.
- Schaffung auf der Ebene des Staatsministeriums einer "coordination du développement soutenable et de l'aménagement du territoire", die von einem Staatssekretär gewährleistet wird. Diese soll die Koordination der sektoriellen Ministerien in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Landesplanung übernehmen, ohne jedoch die sektoriellen Ministerien ihrer Kompetenzen zu entbinden. Diese bleiben weiterhin für ihr Politikfeld zuständig (z.B. Umwelt für die Fortführung einer nachhaltigen Politik aus ökologischer Sicht).
- Schaffung eines Ministeriums für Verbraucherfragen und Lebensmittelsicherheit
- Schaffung eines "Ministère de l'Urbanisme, du développement rural et du logement" zur Bündelung der Kompetenzen in diesem Bereich.
- Personelle Aufstockung des Umweltministeriums, vor allem durch eine verstärkte Kompetenz in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Naturschutz.

2. Neue Wege der Politikgestaltung – ein "neues Modell Luxemburg" entwickeln

- Für eine Aufwertung der Arbeit der Abgeordnetenversammlung, u.a. auch durch Ausbau deren personellen Mittel, deren Einbindung in wichtige EU-Entscheidungen bzw. einer stärker strukturierten und öffentlichkeitsorientierten Arbeitsweise bei Anhörungen zu wesentlichen gesellschaftlichen Fragen u.a.m.
- Für die Schaffung von pro-aktiven Instrumenten der Beteiligung der BürgerInnen sowie der Zivilgesellschaft (z.B. Organisation von "Runden Tischen", Ausbau des Moderationsangebo-

tes, bessere Einbindung in Planungsprozesse).

- Einführung des "congé associatif": Gesellschaftspolitisches Engagement ist nur dann möglich, wenn eine begrenzte Freistellung (z.B. für Weiterbildung, Teilnahme an Sitzungen die u.a. auch vom Staat während Arbeitsstunden einberufen werden) möglich ist.
- Umsetzung der Aarhus-Konvention, die seit Jahren ihrer Umsetzung hart und den Bürgern weitgehende Mitwirkungs- und Informationsrechte zugesteht.
- Akzente im Sinne der politischen Bildung: eine Analyse der Lehrpläne zeigt gravierende Mängel betreffend die politische Bildung auf. Diese erfolgt im postprimären Bereich kaum.
- Systematische Veröffentlichung und Valorisierung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung: Die Messinstrumente für die nachhaltige Entwicklung sollten zumindest denselben Stellenwert erhalten, wie das Bruttosozialprodukt.
- Stärkere Integration ausländischer MitbürgerInnen: Ein Land, in dem fast die Hälfte der Einwohner von der Teilnahme am politischen Leben quasi ausgeschaltet wird, und deren Integration nur begrenzt gegeben ist (cf. auch Analysen betreffend die Bildungsproblematik), hat ein gravierendes Problem. Eine nächste Regierung muss eine Priorität darauf legen, hier neue Wege zu gehen.

3. Herausforderung EU aufgreifen: EU-Entscheidungen demokratischer gestalten

(...) Entscheidungen, die auf EU-Ebene anstehen, werden kaum im Vorfeld thematisiert. Deshalb sollten u.a. folgende Initiativen ergriffen werden:

- Erstellung eines Kriterienkataloges: Es sollten klare Kriterien erstellt werden, welche wesentlichen Entscheidungen auf EU-Ebene im Vorfeld in der Abgeordnetenversammlung diskutiert werden müssen, für welche die Abgeordnetenversammlung ein Mandat erteilen soll.
- Mandate für Abstimmungsverhalten: Die einzelnen Parteien sollten "ihren" EU-Parlamentariern ebenfalls ein Mandat für ihr Abstimmungsverhalten mit auf den Weg geben.
- Stärkung der Akteure der Zivilgesellschaft: Es gilt, die Akteure der Zivilgesellschaft seitens des Staates stärker finanziell zu unterstützen, damit diese die Möglichkeit haben, EU-Themen aufgreifen und aktiv werden zu können.
- Entkopplung der EU- und Nationalwahlen: Es sollte eine Entkopplung von National- und EU-Wahlen erfolgen. Des Weiteren sollte zwingend festgelegt werden, dass nur solche Kandidaten auf Listen für das europäische Parlament gesetzt werden, die tatsächlich bereit sind, im Falle einer Wahl ihr Mandat anzunehmen.

4. Für ein Bekennen zum Konzept der "starken Nachhaltigkeit"

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wird recht stark strapaziert und auch unterschiedlich interpretiert. (...)

- Für eine "starke nachhaltige Entwicklung": Der Mouvement Ecologique tritt für den sogenannten Begriff der "starken Nachhaltigkeit" ein. D.h. eine gewisse Prioritätensetzung liegt auf der Ebene der Ökologie, da der Umwelt-

Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung vom Mouvement Ecologique

raum die Voraussetzung schlechthin ist für ein Überleben auf dem Planeten und die Grenzen auch für wirtschaftliche Aktivitäten setzt.

- Für die Schaffung effizienter Strukturen zur Umsetzung einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung: Die nachhaltige Entwicklung kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn neben der politischen Akzeptanz auch die erforderlichen Strukturen vorhanden sind. D.h. neben der Koordinierungsstelle auf der Ebene des Staatsministeriums sind die Schaffung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die aktuelle Projekte der Regierung kritisch begleitet; die Schaffung eines "observatoire du développement durable", die Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialrates in einen Rat für nachhaltige Entwicklung, die Schaffung eines runden Tisches "neues Modell Luxemburg" erforderlich. Ausserdem sollte jedes Gesetzesprojekt unter dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung betrachtet werden.
- Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden: Es gilt, weitaus offensiver als bisher, eine gezielte Standortoffensive für Betriebe im Bereich nachhaltige Entwicklung für Luxemburg zu machen. Es gälte endlich hier eine kohärente Strategie zu entwickeln, die von einem gezielten Ausbau der Forschung in diesem Bereich über die Förderung der Altbauausanierung bis zu einer neuen Form der Standortprospektion und die Unterstützung neuer Dienstleistungsunternehmen (wie z.B. Car-Sharing) geht.

5. Verfassung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung reformieren

Es ist beschämend, dass immer noch keine Verabschiedung des entsprechenden Artikels erfolgte. Dabei ist es durchaus von grundsätzlicher Bedeutung, wenn sich eine Gesellschaft auch via Verfassung zu einer nachhaltigen Entwicklung bekennen würde. In der Verfassung sollten:

- das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als staatliche Verpflichtung verankert werden.
- das Grundrecht des Einzelnen auf eine natürliche Umwelt verbindlich und einklagbar geregelt werden.

6. Neue Akzente in der Wirtschaftspolitik – von einer Standortpolitik im Bereich Umwelttechnologien bis hin zu einer gezielteren Betriebsberatung und einem Ausbau der Forschung

Neue Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen, ist sicherlich eine der grössten, aber auch der schwierigsten Herausforderungen. Der Mouvement Ecologique ist hierbei der Überzeugung, dass es vor allem auch auf der Ebene des Mittelstandes gilt, weiterhin aktiv zu werden. Grundsätzlich gälte es – stichwortartig dargelegt – folgende Akzente zu setzen:

- Finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte als wesentlicher Zukunftsfaktor erhöhen
- Regionale Märkte aufbauen und Initiativen stärken z.B. im Bereich der Holzverarbeitung
- Neuartige Dienstleistungsunternehmen im Umweltbereich fördern
- Vorreiterrolle des Staates gewährleisten, indem vor allem auf sozial- und umwelt-

verträgliche Produkte und Produktionsprozesse zurückgegriffen wird

- Systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements ausweiten
- Einführung der Umwelthaftung
- Offensive Förderung des Oeko-Audits
- Überarbeitung bestehender Fördermechanismen, in dem aus nachhaltiger Sicht kontraproduktive Subventionen gestrichen – neue eingeführt werden
- Schaffung von Umweltbeauftragten in den Berufskammern.

7. Nachhaltige Steuerreform – die Voraussetzung schlechthin für eine nachhaltige Entwicklung

2003 stellte der Mouvement Ecologique eine Studie "Für eine nachhaltige Steuerreform" vor. Die Grundthesen dieser Studie sind, dass:

- mittelfristig die Finanzierung unseres Sozialsystems mit der heutigen Steuerpolitik, den Entwicklungen auf EU-Ebene u.a.m. vor Probleme gestellt wird und neue Mechanismen zur Finanzierung gefunden werden müssen – eine grundsätzliche Umgestaltung des Steuersystems, auch im Interesse der Langzeitfinanzierung des Sozialsystems unerlässlich ist;
- Faktoren, die vom Staat begünstigt werden sollen, weniger stark als bisher besteuert werden sollen (z.B. Faktor Arbeit);
- Faktoren, die reduziert werden sollen (z.B. Energieverbrauch), stärker besteuert werden sollen.

Eine derartige grundsätzliche Steuerreform im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist die Voraussetzung schlechthin für eine nachhaltige Entwicklung und sollte somit eine Priorität der neuen Regierung darstellen.

8. Kyoto und Klimaschutz: die Herausforderungen der Zukunft nicht weiter verschleppen, sondern aufgreifen

Luxemburgs CO₂-Emissionen steigen derzeit wieder massiv an, obwohl eine Reduktion von 28% gemäß Kyoto zwischen 1990 – 2010 erforderlich ist. (...) Entsprechend fordert der Mouvement Ecologique:

- Luxemburg soll kurzfristig einen CO₂-Reduktionsplan erstellen, wie in Luxemburg selbst eine Reduktion der CO₂-Emissionen erfolgen kann
- Ein Freikauf der CO₂-Emissionen ist nur kurz- bis mittelfristig, unter bestimmten Kriterien und in sehr begrenztem Ausmass zulässig.
- Mittelfristig sollte ein Ausstieg aus der Tanktourismusfalle gewährleistet werden, das Finanzministerium soll eine Analyse und Strategie vorlegen, wie dieser Ausstieg mittel- bis langfristig erfolgen kann.

9. Erneuerbare Energien und Energiesparen: Gemachte Anstrengungen fortführen – weitere Initiativen ergreifen

Die Förderung der erneuerbaren Energien und eine rationelle Energienutzung sind nicht nur

Umwelt- und Naturschutz Politik für die Legislaturperiode 2004 - 2009

aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht von Bedeutung (Schaffung von Arbeitsplätzen u.a.m.). In der Konsequenz drängen sich folgende Maßnahmen auf:

- Ausbau der **unabhängigen Beratung**, vor allem im Bereich der rationellen Energienutzung
- Überarbeitung der aktuellen **Wärmeschutzverordnung** - Festlegen strengerer zeitgemäßer Normen
- **Fortführung der bestehenden Reglemente** der erneuerbaren Energien - stärkere Promotion von Niedrigenergie- und Passivhausbauten
- Finanzierung des **Einspeisetarifs** für erneuerbare Energien über den Energiepreis, statt über den Staatshaushalt
- Ausbau des **Aktionsspielraumes der Gemeinden** (z.B. Verankerung der nachhaltigen Energiepolitik im 37er-Gesetz betreffend die Bebauung)
- Schutz des kleinen Kunden im liberalisierten Strommarkt

10. IVL: von einem Reflexionsinstrument zu einem operationellen Aktionsprogramm mit Prioritäten

Grundsätzlich begrüßt der Mouvement Ecologique die Erstellung des IVL, allerdings gilt es nun endlich zu handeln:

- Eindeutige **Prioritäten** festzulegen, sowohl budgetäre (alle erwähnten Schienen- und Straßenbauprojekte können wohl kaum gewährleistet werden), als auch inhaltliche!
- Voraussetzungen für die Umsetzung bestimmter Ziele stärker diskutieren (z.B. regionale Strukturen, flächensparendes Bauen) und verantwortliche Akteure benennen
- **Rolle und Rechte bzw. Pflichten der Gemeinden und Regionen** konsequenter regeln
- Maßnahmen definieren, um in **Erwartung der regionalen bzw. sektoriellen Pläne** Projekte zu verhindern, die den Leitlinien des IVL zuwiderlaufen
- Anpeilen eines **modal split** von 30%, d.h. Voraussetzungen schaffen, über das IVL hinaus, das dieses Ziel nicht erreicht (z.B. moderne Stadtbahn durchs Stadtzentrum).

11. Regionalentwicklung fördern und Regionalfonds einführen- das "A" und "O" einer kohärenten Landesplanung

Eine kohärente Landesplanung hängt maßgeblich von der regionalen Entwicklung und starken Regionen ab. Deshalb gilt es hier auch, endlich Nägel mit Köpfen zu machen:

- Förderung **regionaler Strukturen** und gesetzlicher Verankerung von deren Entscheidungsprozessen
- Schaffung eines **Regionalfonds** auf staatlicher Ebene, mit welchem regionale Projekte prioritär unterstützt werden.
- Fortführung der Debatte im Hinblick auf eine klare Entscheidung, was die **Kompetenzaufteilung zwischen Staat - Region und Gemeinden** angeht; hierbei müssen vor allem auch die so genannten fakultativen Aufgaben der Gemeinden berücksichtigt werden.

- Erstellung **regionaler und sektorieller Entwicklungspläne**: bei der dringenden Erstellung dieser Pläne muß eine direkte Einbindung der Gemeinden, der regionalen "forces vives" sowie der BürgerInnen gewährleistet werden.

12. Mobilität: ehrliche Priorität auf den öffentlichen Transport setzen

In dieser Legislaturperiode wurde so manches Schienenprojekt verabschiedet, jedoch ist derzeit ungewiss, ob die finanziellen Mittel zur Durchführung all jener Projekte auch vorhanden sind. Dies vor allem, da sie z.T. in Konkurrenz zum Straßenbau stehen. Auch das IVL klärt die Frage der Verteilung der Gelder bzw. der Prioritäten kaum. Deshalb fordert der Meco:

- Eine eindeutige **Priorität für den Ausbau des öffentlichen Transportes / des Schienennetzes** gegenüber dem Straßenbau, dies auch auf budgetärer Ebene (!)
- Das Ziel eines **modal split** von 30% zu Gunsten der öffentlichen Transportmittel, so wie im Plan für eine nachhaltige Entwicklung definiert, ist als "Muß" anzusehen
- Schaffung eines **Verkehrsverbundes**, in dem alle relevanten Akteure im Transportbereich (auch die Eisenbahngesellschaft, Gemeinden) vertreten sind - das aktuelle Gesetzesprojekt Grethen darf deshalb nicht vom Parlament gestimmt werden, da es diesen vom IVL vorgegebenen Anspruch nicht erfüllt!
- Umgehende Erstellung eines **"plan sectoriel transport"** unter Beteiligung aller Akteure
- Dringende **Inbetriebnahme einer pro-aktiven Mobilitätszentrale**, die diesen Namen verdient;
- Erstellung eines **Strategiekonzeptes** zur Verlagerung des **Güterverkehrs** auf die Schiene;
- **Liberalisierung** im Bereich des öffentlichen Transportes ökologisch und sozial gestalten.

13. Gesundheitspolitik: Prävention statt Reparatur

In Luxemburg wird die Gesundheitspolitik derzeit recht stark im Sinne von "Infrastrukturen" diskutiert. So wichtig diese natürlich sind, so bedeutend wäre es aber auch, neue Akzente zu setzen, die vor allem auf der Ebene der Prävention liegen sollten. Entsprechend gält es folgende Themen aufzugreifen:

- Schaffung eines **Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**
- Stärkere **Einbindung** des Ministeriums in wesentliche Entscheidungen (z.B. Betriebsgenehmigungen)
- Gewährleistung einer **systematischeren Gesundheitsvorsorge** durch Umweltpolitik
- Überdenken der derzeitigen Rolle der **Krankenkassen** in der Gesundheitsvorsorge (z.B. betreffend Rückerstattungen für präventive medizinische Maßnahmen, die Durchführung von Sensibilisierungsaktionen) / Weiterbildung der Ärzteschaft im Bereich der Prävention
- Ausbau der **umweltmedizinischen Stelle**
- Ausbau der **Datenerfassung** im Gesundheitsbereich
- Gezielte **Gesundheitsförderung** in öffentlichen Institutionen

- Systematische Förderung **umwelt- und gesundheitsschonender Produkte**

- Zulassung **alternativer Medizinformen**.

14. Wissenschaftlich fundierten Naturschutz fördern

Auf der Ebene des Naturschutzes würde ein Mehr an Fachlichkeit einen wichtigen Qualitätssprung darstellen, insofern stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- Schaffung einer **unabhängigen wissenschaftlichen Stelle**, die in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (Universität, naturhistorisches Museum u.a.m.) für eine stärkere Wissenschaftlichkeit sorgt, alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage der natürlichen Umwelt erstellt und veröffentlicht u.a.m.
- Kurzfristige Erstellung eines **rechtsverbindlichen sektoriellen Planes** für Landschaftsschutzgebiete;
- Reform des **"Fonds de l'environnement"** im Sinne einer öffentlich nachvollziehbaren Prioritätensetzung sowie transparente Gestaltung der stark kritisierten Kompensationsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur;
- Einsetzen eines **runden Tisches** zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, in dem Probleme diskutiert und gemeinsame Projekte für die Zukunft ausgearbeitet werden;
- Erstellen einer zeitgemäßen **Waldgesetzgebung** und Überarbeitung des Konzeptes der "forêt soumise" im Sinne einer stärkeren Verantwortung der Gemeinden - FSC-Zertifizierung der staatlichen Wälder
- Reform des **Jagdgesetzes**

15. Vorsorgende Umweltpolitik im Dienste der Lebensqualität aufwerten

Die Umweltpolitik kann nicht länger das Stiefkind der Regierungsarbeit sein. Deshalb gilt es auch hier wieder Akzente zu setzen, die da sind:

- Integration des **Wasserwirtschaftsamtes** ins Umweltministerium
- Weiterentwicklung der **Umweltverwaltung** gemäss den Prinzipien des integrierten Umweltschutzes
- Reform des **"Fonds de l'environnement"**
- Für eine **nachhaltige Beschaffungspolitik**: Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen ökologische, soziale und ethische Kriterien stärker berücksichtigt werden; der entsprechende Passus des Gesetzestextes soll deshalb überarbeitet sowie modellhafte Lastenhefte erstellt werden;
- Für die verstärkte Anwendung konkreter Instrumente im Sinne des **"Umweltmanagements"** bei Betrieben (Oeko-Audit, Förderprogramme ...);
- Umgehende Erstellung der **Abfallwirtschaftspläne** und Förderung der Abfallvermeidung (u.a. durch Beratungsarbeit)
- Erstellung eines **Altlastenkatasters**;
- Umsetzung eines **Luftreinhalteplanes**;
- Gewährleistung einer **Lärmschutzpolitik**.



16. Wasserwirtschaft - EU-Wasserrahmenrichtlinie offensiv umsetzen

Im Wasserschutz erfolgte im Laufe dieser Legislaturperiode recht wenig, zahlreiche Maßnahmen drängen sich auf:

- Statt der Vielzahl kleiner Ver- und Entsorger - Konzentrierung der Akteure im Rahmen eines landesweiten Trink- und Abwasserverbandes mit entsprechenden Dienstleistungen und Kompetenzen;
- Kostendeckende (Ab-)Wasserpreise: Preiswahrheit sollte für Propagation wassersparender Maßnahmen genutzt werden;
- Trinkwasserschutz in einem offenen Dialog mit der Landwirtschaft umsetzen
- **Zentrale Trinkwasserversorgung begrenzen** - Unterstützung der Gemeinden bei der Erhaltung dezentraler Trinkwasserfassungen bzw. der Wasserqualität
- Neue Wege in der Abwasserwirtschaft im Sinne von z.B. dezentraler Abwasserbehandlung oder Regenwasserbewirtschaftung
- **Ökologisch sinnvolle Renaturierungsmaßnahmen** aufgrund fundierter Impactstudien statt der aktuellen Vorgehensweise nach einer Einheitsschablone.

17. Landwirtschaft und Ökologie miteinander versöhnen - Interessen von Produzenten und Konsumenten vereinen

Aufgrund der langjährigen Erfahrungen, die im Rahmen des gemeinsamen Projektes der Stiftung Oeko-Fonds und der "Jongbauern a wénzer" bzw. seiner eigenen Aktivitäten im Bereich Naturschutz, legt der Mouvement Ecologique eine besondere Bedeutung auf eine Reihe von Forderungen im Bereich Landwirtschaft so u.a.:

- **Wiederversöhnung von Naturschutz und Landwirtschaft** u.a. im Rahmen eines runden Tisches "Natur- / Umweltschutz - Landwirtschaft";
- systematischere Förderung der **biologischen Landwirtschaft** zumindest in dem Ausmaß, dass das Ziel eines Anteils des Biolandbaus bis zum Jahre 2010 von 5% überschritten wird;
- **Neuorganisation der landwirtschaftlichen Labels** im Sinne einer höheren Transparenz und Kontrolle für qualitativ hochwertige Produkte, jedoch auch eine höhere Wertschöpfung für die Landwirtschaft;
- **Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Flächen**, ein Aspekt der im IVL-Konzept nicht berücksichtigt wurde;
- **Verstärkte Förderung einer landwirtschaftlichen Diversifizierung** u.a. im Energiebereich;
- Weiteres Bestehen auf einer **Landwirtschaft ohne Gentechnik**;
- Schaffung eines Ministeriums für **Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz**.



Manif zur Gentech in Luxemburg

Die Monstertomate hat die EU-Minister eingeschüchtert, doch eine gewonnene Schlacht ist noch kein gewonnener Krieg

Am 26. April sollten die Agrarminister über die Zulassung eines höchst umstrittenen Gen-Maises der Firma Syngenta abstimmen. "Friends of the Earth" hat zusammen mit dem Mouvement Ecologique eine Demo vor dem Tagungsgebäude auf Kirchberg organisiert.

Die zusammengetrommelten Aktivisten bliesen eine riesige Monstertomate auf und bekundeten damit ihren Missmut über eine eventuelle Zustimmung der EU zur Zulassung des Gen-Maises. Mit einiger Verspätung erschien auch der luxemburgische Minister und liess sich, zum Dank für seine negative Haltung, einige schmackhafte Biotomaten überreichen. Luxemburg hat aber schlussendlich nicht gegen eine Zulassung gestimmt, sondern sich bei der Abstimmung enthalten...

Da nicht genügend Länder dafür gestimmt haben, kam es nicht zu einer Zulassung.

Doch der Krieg ist damit nicht gewonnen. Die Kommission kann ohne weiteres, unter Missachtung der Position des Agrarministerrats, eine Zulassung durchführen. Dies wird in den nächsten Monaten entschieden.

Doch vielleicht ist eine solche Entscheidung gar nicht mehr nötig. In der Zwischenzeit hat nämlich Monsanto öffentlich erklärt ihre Zulassungsanträge bei der EU für ein genverändertes Getreide zurückzuziehen, da man auf zu viele Widerstände in der Agrarindustrie sowie bei den Verbrauchern gestossen sei. Während den letzten 6 (!) Jahren hatte Monsanto immer wieder versucht, eine Zulassung für Import und Anbau in der EU zu erhalten. Doch auch Großabnehmer waren skeptisch und weigerten sich Zusagen für eine zukünftige Abnahme dieses Getreides zu machen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Multikonzern sich die Finger genug verbrannt hat, um sich jetzt endgültig aus diesem äußerst umstrittenen Feld zurückzuziehen. Dieses Beispiel sollte Schule machen.

Es bleibt die Frage, warum gerade eine Tomate und kein Mais als Aktionsdummy erhalten musste. Die Monstertomate von "Friends of the Earth" hat bereits eine ganze Europatournee



hinter sich. Sie tritt einerseits in Erscheinung zur Sensibilisierung der Bevölkerung, andererseits zu spezifischen Anlässen. Dabei geht es dann allerdings manchmal um Tomaten und manchmal um andere Pflanzen. Die Tomate, die ab und zu noch von anderem unheimlichen Gemüse begleitet wird, grinst dabei ganz schön frech nach dem Motto, man erntet was man sät. Tja und wenn Genmanipulation im Spiel ist, ... dann weiss man eben nicht, wie die Ernte aussehen wird.

Noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle, die tatkräftig bei dieser Aktion mitgeholfen haben.

Für mehr Informationen:
www.foeurope.org/biteback/index.htm#vmd



OEKO-FONDS – OEKO-FONDS –

Nouvelle publication: La loutre

Vient de paraître aux Editions BELIN EVEIL NATURE, dans la collection Approche, un très beau livre sur la loutre d'Europe, rédigé par René ROSOUX et Jim GREEN, deux spécialistes de cet animal passionnant, et préfacé par Christian BOUCHARDY. Cet ouvrage, destiné aux naturalistes de terrain, aux professionnels de l'environnement et aux passionnés de l'espèce, n'est pas une compilation: il tire sa substance de 30 ans de recherches et d'intimité avec les loutres sauvages d'Ecosse et des marais de l'ouest de la France. La systématique, la biogéographie, l'écologie, l'éthologie sont abordées. Les auteurs, naturalistes avant tout, apportent une attention particulière aux traces et indices de terrain. Une partie de l'ouvrage est également consacrée aux menaces qui pèsent sur l'espèce et à sa protection. Le livre se termine par quelques histoires vécues, récits de rencontres singulières avec cet animal fascinant.



Le document est abondamment illustré de photographies inédites réalisées sur les côtes écossaises, en Europe centrale et en France, notamment lors des prises de vue du film "Le frisson de l'Onde". Prix du livre : 16 Euro frais de port.

Pour toute commande:
Fondation Öko-Fonds
Tel : 43 90 30 40 ou 46

Leindotter - alte Kulturpflanze auf neuen Pfaden

Vor kurzem hat die "Ökologisch Landwirtschaftsberodung" mit der Aussaat einer alten Kulturpflanze, dem Leindotter, ein neues Projekt in Angriff genommen. Auf dem Everlinger Versuchsfeld sowie auf landwirtschaftlichen Praxisbetrieben im Ösling werden Anbau- resp. Demonstrationsversuche durchgeführt.

Beim Leindotter (*Camelina sativa*) handelt es sich um eine alte Kulturpflanze, deren Ursprung in die neolithische Zeit zurückgeht. Botanisch gesehen wird Leindotter zur großen Familie der Brassicaceae gerechnet. Dieses einjährige Kreuzblütengewächs findet man in der Natur in winter- und sommerannuellen Formen.

Auf der Suche nach alternativen Rohstoffen gewinnt der Leindotter derzeit zunehmend an Beachtung. Aufgrund der interessanten Fettsäurezusammensetzung (hoher Anteil an mehrfach ungesättigten Fettsäuren) und der pflanzenbau-

lichen Eigenschaften (wird u.a. als low-input anspruchslose, sehr robuste und konkurrenzstarke Pflanze charakterisiert) erscheint dieses Interesse gerechtfertigt. Die nutzbaren Teile der Pflanze sind vor allem die ölhaltigen Samen. Ob die Stengel einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden können, muß sich erst erweisen.

Im chemisch-technischen Bereich ist Leindotteröl wegen seiner schnelltrocknenden Eigenschaften für die Produktion von umweltfreundlichen Farben, Lacken und Polymeren einsetzbar. Der hohe Gehalt an alpha-Linolensäure, einer essentiellen Fettsäure, welche vom menschlichen Organismus nicht synthetisiert werden kann, macht es aber auch für die pharmazeutische Industrie (vor allem kosmetische Öle, Cremes oder Lotionen) sowie für die Humanernährung interessant. Des Weiteren kann Leindotteröl durchaus einen signifikanten Beitrag zur Eigenenergieversorgung landwirtschaftlicher Betriebe beitragen, wenn Schlepper mit Pflanzenölmotoren ausgerüstet sind und dezentrale Ölpresen zur Verfügung stehen. Um die Wirtschaftlichkeit des Leindotteranbaus zu erhöhen, wäre es günstig, die ölhaltigen Rückstände der Ölgewinnung - Preßkuchen und Extraktionsschrote - in der Tierernährung nutzen zu können. Dem steht aber zur Zeit noch aufgrund hoher Gehalte an Eicosensäure das EU-Futtermittelrecht entgegen. Ein möglicher Ausweg könnte die Verwendung dieser Rückstände in einer Biogasanlage sein. Daher sind von der Ökologisch Landwirtschaftsberodung Biogas-Gärversuche geplant.

Als weiteren positiven Aspekt gilt der Mischanbau von Leindotter mit Getreide oder Körnerleguminosen. Dies stellt eine beachtenswerte Möglichkeit für den umweltfreundlichen sowie den ökologischen Landbau dar.

In den kommenden Jahren sind daher weitere Untersuchungen zu optimalen Mischungsverhältnissen und -partnern, zu Saatzeitpunkt, zu Reihenabständen, zur Sorteneignung und zur Unkrautunterdrückung notwendig.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 81 77 78.

Gemeinnützige Stiftung Öko-Fonds

Ökologisches Zentrum Pfandall
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-40/Fax: 43 90 30-43
e-mail: oeko-fonds@oekozenner.lu
www.oekozenner.lu
CCP IBAN LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000

"Eppes un d'Rulle bréngen": Die Stiftung Öko-Fonds führt wichtige Pilotprojekte für eine zukunftsfähige Gesellschaft durch, die vor allem von Spenden finanziert werden. Spenden ab 123,94 Euro pro Jahr können vom besteuerten Einkommen abgesetzt werden (Kumulierung mit anderen Spenden möglich). Informationen über aktuelle Projekte können zu jeder Zeit gerne nachgefragt werden.



Die falsche Planung am falschen Ort:

Belgisches Gutachten stellt Ikea-Projekt in Frage – Umweltministerium wird Aktivitätszone Grass nicht genehmigen



Seit mehreren Monaten sorgt das Ikea-Projekt im grenznahen Sterpenich (B) – eben gerade wegen seiner umstrittenen Standortfrage – auch hierzulande für mancherlei Kritik. Nach einer ersten bereits negativen Beurteilung des Projektes durch die Umweltverwaltung in Luxemburg wurde das Projekt nunmehr auch vom wallonischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsrat (Conseil Wallon pour l'Environnement et le Développement Durable) in Frage gestellt.

In einem Gutachten im Rahmen der neu angelaufenen Genehmigungsprozedur bestätigt das belgische Gremium die Ansichten und Befürchtungen des Mouvement Ecologique, den Gemeinden Küntzig und Garnich sowie der "Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeig".

In der sachlich fundierten Stellungnahme des belgischen Rates wird unmissverständlich darauf hingewiesen, dass das in Hinsicht auf das Erlangen der Bau- und Betriebsgenehmigung erstellte Dossier bedeutende Mängel aufweist.

Die Gemeindeverantwortlichen in Arlon würden zur Zeit keineswegs über alle notwendigen Erkenntnisse verfügen, um die benötigte Genehmigung, den so genannten "permis unique", in voller Sachkenntnis der Lage erteilen zu können.

Auch warnt der Umwelt- und Nachhaltigkeitsrat ausdrücklich vor dem überdurchschnittlich hohen Verkehrsaufkommen, das durch das Ikea-Projekt verursacht würde.

Kritisiert wird auch die Tatsache, dass die Projektbefürworter keinen Alternativvorschlag zum umstrittenen Standort Sterpenich in Betracht gezogen haben.

Des Weiteren weist das belgische Gutachten eindringlichst darauf hin, dass der geplante Ikea-Standort an der Luxemburger Grenze im ländlichen Raum liegt, was konträr zu raumplanerischen Prinzipien sei. Zitiert wird dabei u.a. das Entwicklungskonzept des ländlichen Raumes von 1999 (Schéma de développement de l'espace rural, SDER), das solche Vorhaben nicht zulasse: "...l'implantation de centres com-

merciaux et de grandes surfaces commerciales à l'écart des villes et des noyaux d'habitat ne sera plus autorisée".

Sowohl das in Sterpenich (B) vorgesehene Ikea-Projekt, als auch das unmittelbar daran angrenzende geplante Gewerbegebiet Grass (L) werden allmählich von den unterschiedlichsten Stellen und Autoritäten – sowohl in Luxemburg als aber auch in Belgien – abweisend bewertet. Der Staatssekretär für Umwelt, Eugène Berger, hat in einer Unterredung mit dem Mouvement Ecologique, der Lokalinitiative Küntzig und den Gemeinden Küntzig und Garnich ausdrücklich betont, dass er bei den politischen Verantwortlichen in Belgien intervenierte, um das Ikea-Projekt noch einmal zu überdenken; andererseits machte er deutlich, dass das Umweltministerium die Aktivitätszone Grass nicht genehmigen würde, wenn eine solche Anfrage erfolgen würde.

Lediglich die Bürgermeister aus Arlon und aus Steinfort treten nach wie vor für die völlig

unsinnige Zersiedlung inmitten einer als erhaltenswert eingestuften Naturlandschaft ein.

Der Mouvement Ecologique und die "Lokalinitiative Kéinzeig" fordern deshalb die politischen Entscheidungsträger dies- und jenseits der Grenze nachdrücklich dazu auf, die konkret in Sterpenich und Grass geplanten Vorhaben aufzugeben und sich für einen anderen, einen konsensfähigen Standort zu entscheiden. Dieser müsste sowohl den Vorgaben der Landesplanung und einer nachhaltigen Entwicklung, als auch den berechtigten Ansprüchen der auf beiden Seiten der Grenze unmittelbar betroffenen Einwohnerschaft entsprechen.

"Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeig"

Mouvement Ecologique asbl.

Den genauen Wortlaut des belgischen Gutachtens findet man im Internet unter folgender Adresse www.cwedd.be.

Sechs Organisationen manifestieren gegen den Ausverkauf des öffentlichen Transportes



Aus der "La Voix du Luxembourg"



Aus dem Luxemburger Wort

FNCTTFEL, LCGB, OGBL, Syprolux sowie Mouvement Ecologique gefolgt, um vor der Abgeordnetenversammlung zu protestieren. Die Fotos geben ein Stimmungsbild der Protestveranstaltung.

Interessant war die Vielfalt der Personen, die an der Protestveranstaltung teilnahmen. Von Mitgliedern des Mouvement Ecologique – besorgten Kunden über Beschäftigte von CFL, AVL, TICE und privaten Busbetrieben sowie

Mitglieder der Gewerkschaften konnte man auch Personen aus dem Transportministerium sowie Vertreter der privaten Busbetriebe sehen. Es scheint in der Tat, als ob das vorliegende Gesetzesprojekt de facto niemanden zufrieden stellt! Mehr und mehr stellt sich in der Tat die Frage, wer die treibende Kraft ist, wenn alle Akteure aus dem Bereich öffentlicher Transport sich dagegen auflehnen.

Und Gründe hierzu gibt es in der Tat ausreichend, so u.a. (um nur einige zu nennen):

- beim Gesetzesprojekt wird nicht auf eine bessere Koordination zwischen allen Akteuren gesetzt, sondern es sollen 5 Beamte genannt werden, die in einem "établissement public" den gesamten öffentlichen Transport leiten

sollen. Dies widerspricht jedweder Vorgehensweise auch im Ausland.

- Außerdem hat das Projekt nicht ein Mehr an Kundenzufriedenheit zum Ziel (in derartigen ausländischen Strukturen wird dieses Ziel formal verankert) sowie eine stärkere Rentabilität. Wohl stellt keiner in Frage, dass auch ein öffentlicher Transport effizient organisiert werden muss, doch der Dienst am Kunden muss im Vordergrund stehen!

- Nicht zuletzt widerspricht das Projekt auch dem vielgerühmten IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept). Letzteres priorisiert einen Anteil der öffentlichen Transportmittel am Gesamtverkehr von 25% – der vorliegende Entwurf aber setzt nur auf Rentabilität. Beide Ziele widersprechen sich. Das IVL will die Regionen und Gemeinden valorisieren, im vorliegenden Projekt werden sie (im Gegensatz zum Ausland) sogar z.T. entmündigt und ausgeklammert.

Mit gutem Grund protestierten die Anwesenden deshalb gegen den geplanten Abbau im Bereich öffentlicher Transport und forderten vielmehr dessen Ausbau sowie eine zukunftsweisende Transport- und Eisenbahnpolitik.

Kritisiert wurde vor allem aber auch das Hau-Rück-Verfahren, in dem das Gesetzesprojekt durchgepeitscht werden soll. Gefordert wurde ein Dialog – mit den 6 Syndikaten / Organisationen, mit den Gemeinden u.a.m. Bisher sei

jedoch sowohl vom Transportminister wie auch von den Mehrheitsparteien jegliche Diskussion darüber verweigert worden.

Deshalb wurde ein letzter Appell an die Abgeordneten gerichtet, das Gesetz nicht zu stimmen, zumal sich kaum ein Akteur mehr findet, der überhaupt das Gesetz in seinem Inhalt noch vertreten kann! Es wäre einer Abgeordnetenversammlung nicht würdig, sich seitens der Regierung (aus elektoralen Gründen) den Arm biegen zu lassen!

Mouvement Ecologique asbl.

Ökologisches Zentrum Pfandell
6, rue Vauban
L - 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@oekozeniter.lu
www.oekozeniter.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro – Haushaltsmitgliedschaft : 60 Euro – Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro – Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:
CCP IBAN LU16 1110392-1729 0000,
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.